

Antragsteller , Name und Rechtsform	
Straße, Hs.-Nr. Ortsteil	
PLZ, Ort	
Telefon / Fax:	E-Mail

An die  
 Bayerische Landesanstalt  
 für Weinbau und Gartenbau  
 An der Steige 15  
 97209 Veitshöchheim

Eingangsstempel

**Antrag auf Zuwendung im Jahr  
 für Maßnahmen nach Art. 2 Abs. 3  
 Bayerisches Weinabsatzförderungsgesetz (BayWeinAFöG)**

**Ich/wir beantrage(n) eine Zuwendung**

gemäß dem bayerischen Weinabsatzförderungsgesetz (BayWeinAFöG) vom 24. Juli 2001 und der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Weinabsatzförderungsgesetzes (AVBayWeinAFöG) vom 11. März 2002 sowie den Fördergrundsätzen des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für zur Bayerischen Weinabsatzförderung für die im Maßnahmenplan aufgeführte Maßnahme.

**Ich/wir beantrage(n) eine Zuwendung**

Zuwendungsbetrag €	
Gesamtkosten der Maßnahme -netto- ohne MwSt.	€

**Bitte überweisen Sie die Zuwendung auf folgendes Konto:**

**Bankverbindung der/des Antragsteller(s)**

Kreditinstitut	BIC
IBAN	

# 1 Vorzeitiger Maßnahmebeginn

Hiermit stellen ich/wir Antrag auf Zustimmung zum vorzeitigen Beginn für die nachfolgende Maßnahme.

## 2 Maßnahme

### 2.1 Bezeichnung der Maßnahme

### 2.2 Ort(e) der Maßnahme

### 2.3 Beschreibung der Maßnahme

### 2.4 Zeitpunkt der Maßnahme

Monat:	_____	Jahr:	_____
Voraussichtlicher Beginn der Maßnahme:	_____		
Voraussichtliches Ende der Maßnahme:	_____		

### 3 Kostenplan

<b>Förderfähige Kosten</b>	<b>Betrag in € - netto -</b>
Teilnahmegebühren	
Inserate, Pressebetreuung	
Reise- und Service-/Personalkosten	
Mieten, Standauf- und abbau	
Werbe-, Design- und Druckkosten	
Frachtkosten	
Weinlieferung	
Sonstiges	
<b>GESAMTKOSTEN</b>	

## 4 Finanzierungsplan

Einnahmen	Betrag in € - netto-
Eigenbeteiligung der(s) Antragsteller(s)	
Einnahmen (z.B. Weinverkauf)	
Gebühren, Eintrittsentgelte	
Sonstige Einnahmen	
<p>Für die gleiche Maßnahme werden bzw. wurden sonstige öffentliche Zuwendungen</p> <p><input type="checkbox"/> nicht beantragt</p> <p><input type="checkbox"/> beantragt (Förderprogramm oder Rechtsgrundlage nennen)</p>	
<b>beantragte Zuwendung aus dem BayWeinAFÖG</b>	
<b>Gesamtsumme</b>	

## 5 Erklärungen des Antragstellers

- Ich/wir nehmen davon Kenntnis, dass ein Rechtsanspruch auf Förderung nicht besteht und auch durch diese Antragstellung nicht begründet wird.
- Ich/wir versichern, dass die im Antrag aufgeführte Maßnahme noch nicht begonnen wurde. Uns ist bekannt, dass mit der Durchführung der Maßnahmen erst nach Erhalt des Zuwendungsbescheides, in begründeten Ausnahmefällen nach schriftlicher Zustimmung der Bewilligungsbehörde zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn begonnen werden darf. Der Abschluss eines Liefer- und Leistungsvertrages (z.B. Kaufvertrag, Werkvertrag) gilt grundsätzlich als Maßnahmenbeginn.
- Ich/wir versichern, dass die Teilnahme an der Absatzförderungsmaßnahme nicht an die Mitgliedschaft unserer Gruppierung gebunden ist.
- Wir nehmen davon Kenntnis, dass
  - unrichtige oder unvollständige Angaben zur Ablehnung des Zuwendungsantrags bzw. zu Rückforderungen der Zuwendungen führen können.
  - die Angaben im Antrag, in den eingereichten Unterlagen und Nachweisen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit Art. 1 des Bayerischen Subventionsgesetzes und § 2 des Subventionsgesetzes sind und wegen Subventionsbetrug bestraft wird, wer über subventionserhebliche Tatsachen unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder den Subventionsgeber über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis lässt.
- Die Rechtsvorschriften zum Subventionsgesetz habe(n) ich/wir zur Kenntnis genommen.
- Ich/wir erkläre(n), dass
  - mein Unternehmen zur Kategorie der KMU nach Anhang 1 der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 gehört. Zur Kategorie der KMU-Unternehmen gehören nur Unternehmen, die weniger als 250 Personen beschäftigten und die entweder einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. EUR erzielen oder deren Jahresbilanzsumme sich auf höchstens 43 Mio. EUR beläuft.
  - für mein Unternehmen keine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt, der ich nicht nachgekommen bin, gemäß Artikel 1 Nr. 5 Buchstabe b der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 vorliegt.
  - mein Unternehmen sich nicht in Schwierigkeiten gemäß Artikel 2 Nr. 14 der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 befindet.

Ort, Datum
------------

Unterschrift des Antragstellers
Name in Klarschrift